

**Alles verändert sich,
wenn du es veränderst**



Broschüre zur Jugendpolitik **DIE GRÜNEN** 

<i>Autor/innen</i>	Pascal Breuker, Duisburg Regina Michalik, Bundesvorstand Irmela Wiemann, Bundesvorstand Eva Schaaper, Bremen/Bonn Markus Schnapka, Bonn Ernst-Christoph Stolper, Duisburg
<i>Redaktion</i>	Grit Moßmann, Bonn
<i>Herausgeberin und Verlag</i>	DIE GRÜNEN, Bundesvorstand, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1
<i>Konzept und Gestaltung</i>	Lidwien Steenbrink, Berlin
<i>Satz</i>	Nagel Fototype, Berlin
<i>Lithografie</i>	O.R.T., Berlin
<i>Druck</i>	Farbo Druck und Grafik Team, Köln
<i>Fotos</i>	Argus (Umschlag), Hajo Weber (3), Reinhard Janke/Argus (5, 12, 13), Thomas Einberger (5), Ralph Rieth (9), Uschi Dresing (10), Thomas Schmidt (11), Thomas Raupach/Argus (14)
<i>Cartoons</i>	Mussil (3), Stauber (4), Marcks (5), Kubo (7), Leger (14), Rauschenbach (15)
<i>Einzelpreis</i>	1 DM (Rabatt für Wiederverkäufer)
<i>Postadresse</i>	DIE GRÜNEN, Infoversand, Postfach 1422, 5300 Bonn 1

Die GRÜNEN sind eine „junge“ Partei, nicht nur, weil sie erst Ende der 70er Jahre gegründet wurden. Auch das Durchschnittsalter grüner Mitglieder ist deutlich niedriger als in den anderen Bundestagsparteien.

Das ist auch nicht verwunderlich. Sind die GRÜNEN doch aus den außerparlamentarischen Bewegungen (Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung, Frauenbewegung) entstanden, in denen sich gerade viele junge Menschen für die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft engagieren.

Die GRÜNEN konnte es nur geben, weil auch und gerade Jugendliche sich nicht mit den angeblichen Sachzwängen etablierter Politik abfinden wollen, weil sie sich nicht anpassen, sondern die Gesellschaft verändern wollen.

Und in der Tat ist es heute mehr denn je notwendig, sich zu wehren – gegen

- die Lebensgrundlagen zerstörende Umweltvergiftung und Bedrohung durch Atomkraftwerke,
- die immense Hochrüstung, Kriegsvorbereitung und Militarisierung der Gesellschaft,
- die Unterdrückung von Frauen und herkömmliches Rollenverhalten,
- Arbeitslosigkeit und die Vernichtung sozialer und demokratischer Rechte,
- Ausländerhetze und aufkeimenden Neofaschismus
- und vieles anderes mehr.

Es geht um unsere Zukunft, und die müssen wir schon selbst in die Hand nehmen. Wir dürfen sie nicht den No-future-Politikern überlassen, die sich einen Dreck um die Folgen ihrer Taten scheren.



Die GRÜNEN lassen sich nicht auf das Ghetto einer „speziellen“ Jugendpolitik ein. Die Jugendorganisationen anderer Parteien zeichnen sich dadurch aus, daß sie nichts zu melden haben und daß die in der Partei „Karriere“ machen, die sich am schnellsten den Vorstellungen und den Gedanken ihrer „Mutterpartei“ anpassen. Bei uns ist niemand zu jung, um in einen Vorstand oder ein Parlament gewählt zu werden. Jugendpolitik heißt für uns, alle Politikbereiche auch an den spezifischen Interessen von Jugendlichen zu messen.

Deshalb machen die GRÜNEN auch keine Politik „für“ Jugendliche, sondern „mit“ Jugendlichen. Die GRÜNEN arbeiten zusammen mit bestehenden Jugendverbänden, Initiativen, Schüler-, Studenten- und Auszubildendengruppen, mit Jugendzentrums- und Jugendpresseinitiativen.

Die GRÜNEN wollen, daß Jugendliche ihre Interessen selbst in die Hand nehmen und gegenüber Parteien vertreten, statt umgekehrt.

An die Stelle aufgesetzter „Jugendhilfe“ des Staates, die oftmals nur Strafe meint, setzen wir Hilfe zur Selbsthilfe. Diese Gesellschaft braucht keine Duckmäuser, sondern selbstbewußte Frauen und Männer. Vorrangiges Ziel unserer „Jugendpolitik“ ist es daher auch, möglichst viele Freiräume zu schaffen, bzw. mit Jugendlichen gemeinsam zu erkämpfen, um ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Interessen selbst zu vertreten und auch durchsetzen zu können.

Leben lernen statt erzogen werden



Da sind die Eltern, die über das Leben ihrer Kinder bestimmen, festlegen, wieviel Geld dem Sohn zur Verfügung steht, wo die Tochter zu wohnen hat, welche Freunde und Freundinnen die Kinder haben dürfen, was gelernt werden darf. Sie üben die ihnen vom Staat gesetzlich festgelegten Rechte aus: die sogenannte „elterliche Sorge“. Festgelegt sind diese Rechte im BGB (Bürgerliches Gesetzbuch).

Da sind aber auch Lehrer/innen und Ausbilder/innen, die bestimmen, wieviel die Schüler/innen lernen dürfen. Sie legen durch ihre Zensuren fest, wie klug oder wie dumm man/frau angeblich ist, ob man/frau sich qualifizieren darf oder nicht, oder am Ende unausgebildet arbeitslos wird.

Und da sind natürlich auch noch die gesellschaftlichen Zwänge und Richtlinien, unter denen auch die Erwachsenen zu leiden haben. Als Jugendliche/r soll man/frau „normal“ funktionieren, sich der Welt der Erwachsenen anpassen. Frau/man lernt dabei, daß Leistung, Geld und Erfolg das Wichtigste im Leben sein sollen.

Die GRÜNEN wollen dagegen, daß Jugendliche lernen, ihr Leben selbst zu gestalten und Freiräume haben, in denen sie sich entwickeln können, wie sie wollen. Jugendliche sollen Rechte und Mittel erhalten, mit denen sie ihre Bedürfnisse nach Veränderung, Aktion und Selbstorganisation genauso wie den Wunsch nach neuen Lebens-, Wohn- und Arbeitsformen verwirklichen können. Jede/r Jugendliche soll die Chance erhalten, leben zu lernen, statt erzogen zu werden.

„Elterliche Sorge“?

Während heute vor allem Eltern über das Leben ihrer Kinder bestimmen dürfen, streben wir an, daß Jugendliche ihr Leben so gestalten können, wie es ihnen paßt, daß sie lernen, eigenverantwortlich zu leben. Um die einseitige elterliche Bestimmung aufzubrechen, schlagen die GRÜNEN vor:

- eine ausreichende Grundsicherung für alle Jugendlichen: damit alle Jugendlichen genügend Geld zum Leben haben, egal ob sie in der Schule, in der Berufsausbildung oder im Studium sind, setzen wir uns für eine elternunabhängige Förderung ein, die keinesfalls – wie jetzt das Bafög – zurückgezahlt werden muß;
- das Selbstbestimmungsrecht über den Aufenthaltsort und die Wohnform gesetzlich festzulegen. Jugendliche sollen sich aussuchen können, wo, wie und mit wem sie wohnen wollen, egal ob bei den

Eltern, in einer Jugendwohngemeinschaft oder einer eigenen Wohnung.

- die gesellschaftlichen Normen und Werte in Frage zu stellen und zu überprüfen. Es müssen neue Normen und Werte gefunden werden, ohne sich an die Richtschnur und vorgegebenen Verhaltensweisen der Erwachsenenwelt halten oder gar an ihnen scheitern zu müssen.

- starre, künstlich geschaffene Altersgrenzen abzuschaffen, da sie nicht geeignet sind, die „Reife“ eines Menschen festzustellen.

Nur durch eine durchgreifende Verbesserung der Situation aller Menschen, also auch gerade der Jugendlichen, sehen wir die Chance für eine selbstbestimmte Gesellschaft.

Jugendkulturen

Jugendliche haben ihre eigene Vorstellung von Kultur und Leben, die sie aber nicht ausleben dürfen. Allzu oft kommen Verbote von Eltern, Nachbarn oder Ausbildern/innen. Da darf man/frau nicht so punkig, flippig sein, wie man/frau es gerade gerne möchte, sondern soll unauffällig und vor allem nicht „aufsässig“ sein. Statt Jugendliche ihre Kultur leben zu lassen, werden sie auf „Anpassung“ getrimmt.

Anders-Sein darf nicht mehr diskriminiert werden:

- Wir wollen, daß Jugendliche eingefahrene Verhaltensweisen der Erwachsenenwelt gefahrlos und ohne Druck in Frage stellen können.
- Für ausländische Jugendliche soll der Raum für kulturelle Eigenständigkeit ausgeweitet werden. Ihnen dürfen weder die Kultur der BRD, noch des Herkunftslandes der Eltern aufgezwungen werden. Ausländische Jugendliche sollen ihre kulturelle Orientierung in allen Lebensbereichen frei wählen können, d.h. beim Wohnen, in der Freizeit, in Schule und Ausbildung etc.
- Die GRÜNEN wollen, daß Jugendzentren und andere Freiräume in Selbstverwaltung der Jugendlichen geschaffen bzw. erhalten werden.
- Wir wollen, daß Jugendlichen ermöglicht wird, vielfältige kulturelle Aktivitäten zu entfalten. Das bedeutet, daß die materiellen Bedingungen fürs Musikmachen, Theaterspielen, Zeitungen schreiben, vereinsunabhängig Sport zu treiben, geschaffen werden müssen, ohne daß Erwachsene steuernd eingreifen und die Ausgestaltung beeinflussen können.



Selbst-organisiert!

Einige Jugendliche organisieren sich in politischen, sozialen, kulturellen oder religiösen Gruppen. Autonome, unabhängige Jugendgruppen gibt es kaum. Das Beispiel der „Grauen Panther“ – ein Zusammenschluß älterer Menschen – zeigt, wie wichtig und gut so eine soziale Bewegung ist.

■ Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, daß die finanziellen Voraussetzungen geschaffen bzw. ausgedehnt werden, daß alle Jugendlichen sich so selbst organisieren können, wie sie es wollen.

■ Wir nehmen die Streichung der Mittel im Jugendbildungsbereich nicht hin, sondern setzen uns dafür ein, die Mittel zu erhöhen.

Statt immer mehr Geld in die Aufrüstung von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz zu verpulvern, also in den Krieg des Staates gegen die Bürger/innen, sollte das Geld u.a. in den Jugendbereich fließen.

Jugend und Religion

Die Kirche spielt nach wie vor eine wichtige Rolle in Kultur und Erziehung in der BRD. Eine Trennung von Kirche und Staat hat nicht stattgefunden. Das zeigt nicht nur der immer noch obligatorische Religionsunterricht an den Schulen. Religionen, die Menschen so weit beeinflussen, daß sie nicht mehr selbständig denken und handeln können, lehnen die GRÜNEN ab.

Liebe und Sexualität

Liebe und Sexualität sind noch immer Tabu-Themen in unserer Gesellschaft. Kindern und Jugendlichen wird vorenthalten, was Liebe und miteinander schlafen heißt, es wird verschwiegen, daß Sexualität schön sein kann. Sexualität hat viel mit Herrschaft und Gewalt zu tun – Bedürfnisse nach Zuwendung und Nähe werden unterdrückt.

Frauen lieben Frauen, Frauen lieben Männer, Männer lieben Frauen und Männer lieben Männer. Das war schon immer so, nur heute werden andere Formen als die heterosexuelle (Frau-Mann-)Kombination tabuisiert. Die herrschende Sexualmoral stellt den weiblichen Körper zudem als für den Mann verfügbaren Körper dar.

Jährlich werden etwa 300.000 Kinder Opfer sexueller Gewalt, davon überwiegend Mädchen. Die weitaus meisten Fälle geschehen im engsten Familien- und Bekanntenkreis. Gesetze, die Kinder vor Gewalt und Nötigung in allen Lebensbereichen schützen, sind notwendig. Es sind oft dieselben Menschen, die einerseits sexuell abweichende Lebensformen ausgrenzen oder gar kriminalisieren, andererseits die Gewalt gegenüber Kindern verharmlosen.

Wir fordern:

■ Kinder und Jugendliche müssen ihre Sexualität frei von Angst entwickeln können. In der öffentlichen Erziehung dürfen abweichende Formen der Sexualität nicht länger diskriminiert werden.

■ Lesbische und schwule Emanzipationsgruppen müssen gefördert werden.



Alternative Bildungspolitik

■ Für angstfreies Lernen,

weil nur ohne Angst und ohne psychischen Druck wirklich menschenwürdig und fruchtbar gelernt werden kann und dadurch erst eine allseitige Entfaltung der Persönlichkeit möglich wird.

■ Für eine allseitige Bildung,

die nicht nur reine Wissenssammlung, sondern auch soziales, lebendiges Lernen ermöglicht, egal, ob es um manuelle oder geistige Tätigkeiten geht. Bildungseinrichtungen müssen ausreichend Freiraum bieten für verschiedene Arten und Wege, Erfahrungen zu machen. Lernen muß auch die Auseinandersetzung mit realen Problemen der Gesellschaft bedeuten.

■ Für die Freiwilligkeit des Lernens, denn freiwilliges Lernen ist jedem durch Zwang verordnetem Lernen überlegen, weil Neugier und Interesse viel bessere Voraussetzungen schaffen, da die größere Motivation die schöpferischen Kräfte des Menschen verstärkt; kurz, weil es mehr Spaß macht. Deshalb fordern wir den Abbau derjenigen Reglementierungen, die die gegenwärtigen Zwangsverhältnisse aufrechterhalten. Wir können uns durchaus eine Gesellschaft vorstellen, in der auch die Schulpflicht überflüssig wird, weil das Angebot an Lernmöglichkeiten für jede/n, freiwilliges Lernen und gleiche Bildungschancen ermöglicht. Das Recht auf Bildung muß weiter fortbestehen, solange die derzeitigen Verhältnisse andauern, weil sonst die Ungleichheit der Lebenschancen verstärkt würde.

■ Für die gleichwertige Bewertung von beruflicher und allgemeiner Bildung

■ Für ein Lernen in überschaubaren Bildungseinrichtungen

„Mammuschulen“ schaffen ein Klima der Anonymität, Aggressivität und Anpassung. Ganzheitliche Bildung, freie Entwicklung und Entfaltung der Lernenden verlangen überschaubare Strukturen, z.B. kleinere Schulen, kleine Klassen, Lerngruppen.

■ Für ein soziales und gewaltfreies Bildungswesen Konflikte im Schulalltag dürfen nicht von oben geregelt werden. Vielmehr ist es vorrangig Sache der Beteiligten, Konflikte in der Schule solidarisch auszutragen und zu lösen. Das setzt aber die Kenntnis der Ursachen und zugrundeliegender Interessen individueller wie auch gesellschaftlicher Konflikte voraus. Schulen müssen solche Lernprozesse fördern.

■ Für eine Bildung, die den/die Schüler/in nichts kostet

Das bedeutet die vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit für Schüler/innen und die Wiedereinführung des Schüler-Bafögs, da Schüler nicht aufgrund ihrer sozialen Herkunft benachteiligt werden dürfen.

Die GRÜNEN kritisieren die frühzeitige Weichenstellung des dreigliedrigen Schulsystems. Die Gesamtschule stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar, denn es kommt als Grundlage zur Erfüllung unserer Vorstellungen nur eine Schule in Frage, die von allen Schülerinnen und Schülern gemeinsam besucht wird, also eine integrierte Schule, eine demokratische Schule. Wovon viele Kinder und Jugendliche nur träumen können, das streben wir an: Lernmöglichkeiten, die Spaß machen; gemeinsames und solidarische Lernen; freiwillige, nicht erzwungene Leistungen; Hilfen und Anleitung, aber keine Gängelei. Wir wissen jedoch, daß eine demokratische Schule nur Teil einer demokratischen Gesellschaft sein kann. Das heißt: Wer eine demokratische Schule will, muß auch eine wirklich demokratische Gesellschaft zum Ziel haben.

Schülerinnen und Schüler

Immer wieder erfahren Schüler/innen, daß ihr Lebensraum „Schule“ noch lange keine demokratische und gewaltfreie Institution geworden ist. Die gepriesenen Reformen in Richtung demokratische Schule waren nie mehr als kosmetischer Natur. Die Mitwirkung der Schüler wird allenfalls pädagogisch denn politisch verstanden:

Nicht einmal die im Grundgesetz verbrieft Pressefreiheit gilt an den Schulen. Immer dreister werden Schülerzeitungen zensiert. Die Machtverhältnisse haben sich nicht verändert. Dies bekommen Schüler/innen immer wieder zu spüren. Schüler/innen, die ihre „Rechte und Freiheiten“ in Anspruch nehmen, ja vielleicht sogar politisch verstehen, werden in ihre Schranken verwiesen und merken schnell, daß der Mitbestimmung und Emanzipation an der Schule enge Grenzen gesetzt sind.

Um eine größere Demokratisierung der Schule zu erreichen, fordern die GRÜNEN:

- weitgehende Erweiterungen der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Schüler/innen
- das politische Mandat für die Schülervertretung

- das Streikrecht für Schüler/innen
- weg mit der Disziplinierung von Schülervertreter/innen; Abschaffung aller Ordnungsmaßnahmen, da diese oft und gerade gegen Schülervertreter/innen eingesetzt werden
- eine DM pro Schüler/in für die SV bei gleichzeitiger Sicherstellung der Finanzautonomie der Schülervertretung
- Zulassung von über-schulischen SV-Zusammenschlüssen in Bayern und Baden-Württemberg
- offizielle Anerkennung und damit verbundene ausreichende finanzielle Unterstützung der Bundes-schülervertretung durch die Bundesregierung.

Hochschulpolitik

Die Hochschulpolitik ist einer der Bereiche, in denen die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung mit Bafög-Kahlschlag und Novellierung des Hochschulrahmengesetzes bereits sehr früh gravierende Einschnitte zur Veränderung der Hochschulen und deren Stellung in der Gesellschaft vorgenommen hat.

Waren schon von der sozialliberalen Koalition und der faktisch existierenden großen Koalition in der Hochschulpolitik seit Mitte der 70er Jahre die meisten Reformen für eine demokratischere Hochschule wieder zurückgedreht worden, geht es jetzt um eine vollständige Unterordnung von Studium und Wissenschaft unter Industrie- und Kapitalinteressen.

Mit frühzeitiger Differenzierung und dem Wegfall von Bafög wird dieses Konzept auch zu einem Instrument sozialer Differenzierung. Nicht mehr Herstellung von Chancengleichheit ist angesagt, für emanzipatorische Aneignung von Wissenschaft bleibt kein Platz mehr.

Die Hochschule der 90er Jahre soll stärker als bisher an die Interessen des Kapitals angebunden werden. Nur Forschung, die sich „rentiert“, soll nach dem Marktprinzip auch mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden (Auftragsforschung).

Angeblich unproduktive und zudem tendenziell systemkritische Fachbereiche wie z.B. die Sozialwissenschaften geraten dabei unter die Räder. Daß sozialdemokratische Landesregierungen wie z.B. NRW dabei kräftig mitwirken, zeigt, daß die SPD-Forderung einer „sozial abgefederten technologischen Innovationspolitik“ allenfalls ein schönes Etikett ist.

Für ein selbstbestimmtes Studium in gesellschaftlicher Verantwortung

Wir werden den von der Bundesregierung mit der HRG-Novelle vorgesehenen Diskussionsrahmen nicht akzeptieren. Unsere Ziele lauten nicht Elite, Effizienz, Marktverfassung, Differenzierung und Wettbewerb, sondern Chancengleichheit, Demokratie, Mitbestimmung, Kreativität, Solidarität sowie Lehre und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung. Daran muß sich eine Reform der Hochschulen orientieren.

Der kapitalkonformen Hochschule der 90er Jahre setzen wir unsere Vorstellungen für eine demokratische Hochschule entgegen. Deshalb treten wir ein für:

- Qualifizierte Ausbildung für alle durch kleinere Veranstaltungen und bessere öffentliche Finanzierung, sowie Ausbau der Hochschulen statt blinder Technologiegläubigkeit und Austrocknung der Sozialwissenschaften.
 - Bessere öffentliche Forschungsförderung, eine Forschungsabgabe der Industrie und Kontrollgremien für Auftragsforschung unter Beteiligung von Gewerkschaften, Umweltinitiativen, Friedensorganisationen, Datenschutzinitiativen statt unkontrollierter Auftragsforschung.
 - Die Durchsetzung des Integrationauftrags der Gesamthochschule statt Differenzierung der Hochschullandschaft.
 - Drittelparität als gleichberechtigte Form der Mitbestimmung aller an der Hochschule vertretenen Gruppen und eine verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat und Finanzautonomie statt Professorenherrschaft und Demokratieabbau.
 - Kostendeckende materielle Absicherung für alle Studenten und soziale Öffnung der Hochschulen statt Bafög-Kahlschlag und Elite-Gefasel. Kostendeckendes, darlehensfreies Bafög für alle.
 - Öffnung der Hochschulen für Modelle der Weiterbildung auch für Bevölkerungskreise ohne Hochschulzugangsberechtigung.
 - Gleichberechtigung der Frauen in Forschung, Lehre und Studium statt diskriminierender Auswahlgespräche durch Professoren.
- Für Gleichstellung und Parität in allen wissenschaftlichen Bereichen.



Berufsausbildung und Arbeit



Der Jugend stehen alle Türen offen!

„Die Chancen beruflicher Ausbildung und Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt sind in der Bundesrepublik Deutschland günstig wie in nur wenigen anderen Industrienationen.“

So beginnt die Antwort des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung im November 1985 auf eine große Anfrage der GRÜNEN zur Situation der erwerbsarbeitslosen Jugend in der BRD. Diese müde Ausrede ist das Resultat einer Politik, die vor gut vier Jahren vom Bundeskanzler mit dem vollmundigen Versprechen eingeläutet wurde, daß unter seiner Regierung jeder junge Mensch, der eine Ausbildung anstrebe, auch eine solche erhalten würde. Der Ausspruch ist inzwischen in die Geschichte der bundesrepublikanischen Bildungspolitik als „Ausbildungslüge“ eingegangen. Eine treffende Bezeichnung, denn die Bilanz sieht traurig aus:

Über eine halbe Million junge Menschen zwischen 16 und 25 sind ohne Arbeit – das ist die offizielle Zahl. Ein Musterbeispiel für beschönigende Statistik, denn nicht gezählt werden viele, die nicht als Lehrstellenbewerber/innen vermittelt wurden, nicht gezählt werden viele junge Frauen, denen die Rolle von Ehefrau und Mutter aufgezungen wurde, nicht gezählt werden junge Ausländer/innen, die aus Angst vor Ausweisung auf die Arbeitslosigkeitsmeldung verzichteten. „Stille Reserve“ nennt die Bundesanstalt für Arbeit diese Menschen zynisch und im Militärjargon. Die „Stille Reserve“ wird geimpft mit Wahlkampfparolen von Politikern, die immer wieder mit der Lüge aufwarten, daß eine Verbesserung der Wirtschaftslage auch eine Verringerung der Arbeitslosigkeit bewirken würde. Wir erleben jetzt, in welche Richtung das Mehr an Profit für die Unternehmen, für die Reichen wirkt: In Automatisierung und Rationalisierung wird investiert, „Gesundshrumpfen“ heißt der aktuelle Slogan für Betriebe. Das Spiel des „freien Marktes“ nimmt keine Rücksicht auf Arbeitslose oder ausbildungsplatzsuchende Jugendliche.

Maßnahmen und Maßnahmchen

Viele junge Menschen werden in unverbindlichen Warteschleifen geparkt, in Maßnahmen, die vorgeben, den Marktwert des einzelnen in der Konkurrenz um zu wenige Arbeits- und Ausbildungsplätze zu steigern. Der Staat reagiert auf die Jugendarbeitslosigkeit nicht mit der Schaffung zusätzlicher Arbeits- und Ausbildungsstellen – dies überläßt er

generös dem freien Spiel der Kräfte auf dem Markt. Dagegen hat die Bundesregierung das Jugendarbeitsschutzgesetz so geändert, daß es das Profitinteresse der Arbeitgeber, nicht aber die Rechte der Jugendlichen schützt. Eine meßbare Wirkung auf die Arbeitslosenziffer hat dieser Abbau von Rechten nicht gehabt, aber diese zweifelhafte politische Maßnahme zeigt deutlich, auf welcher Seite die Regierung bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Jugendberufsnot steht: auf der Seite der Jugendlichen bestimmt nicht.

Junge Menschen, die Ausbildung oder Arbeit suchen, sehen sich einem Wust von unüberschaubaren Maßnahmen oder Maßnahmchen gegenüber, die alle versprechen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wahr ist, daß einige Maßnahmen die individuellen Voraussetzungen ihrer Teilnehmer/innen für einen späteren Beruf verbessern können. Sie verhindern aber letztlich nicht, daß die jungen Männer und Frauen dennoch an der Arbeitslosigkeit scheitern. Hinzu kommt, daß eine Konkurrenz der Maßnahmeträger im Wettbewerb um Berufsvorbereitungs- und Ausbildungsmaßnahmen durchaus im Sinne der Behörden funktioniert: Der billigste Anbieter erhält bei vielen Maßnahmen in der Regel den Zuschlag – und der billigste ist sicher nicht immer der beste.

Keine kostenlosen Regalbeschicker für Konzerne!

Die derzeitigen Fördermaßnahmen haben vor allem einen statistischen Stellenwert. Sie reduzieren die Arbeitslosenziffer, denn wer lernt, wird nicht registriert. Als Lernorte für diese Maßnahmen dienen zunehmend Betriebe, die mit der Trägerschaft der – zusätzlich finanzierten – Berufsvorbereitungsmaßnahmen die Möglichkeit erhalten, für sich die Besten aus den Reihen der Guten herauszufiltern. Das heißt, daß auch diejenigen, die sofort in ein Ausbildungsverhältnis hätten übernommen werden können, erst mal ein Jahr lang auf ihre Tauglichkeit, auf ihre Anpassungsfähigkeit geprüft werden. Ein „gutes“ Beispiel dafür ist das „Berufspraktische Jahr“, das den Arbeitgebern junge ungelernete Arbeitskräfte beschafft, die sie nicht bezahlen müssen. Da arbeiten zum Beispiel sogenannte Regalbeschicker in den Lagern großer Konzerne, in der Hoffnung, in dem Unternehmen eine Anstellung zu ergattern, ohne Lohn – allenfalls für eine reduzierte Berufsausbildungsbeihilfe –, dem Arbeitgeber aber

zur Arbeitsleistung verpflichtet. Der erhält auch noch Geld vom Arbeitsamt dafür, daß er die jungen Menschen für sich arbeiten läßt – Geld aus der Arbeitslosenversicherung, denn es sind Mittel der Bundesanstalt für Arbeit, mit denen das Unternehmen mit offiziellem Segen geschmiert wird...

Die freie Marktwirtschaft zeigt jetzt, wer die Last ihrer permanenten Krisensituation tragen muß: Jugendliche, Frauen, Behinderte, Ausländer/innen sind die letzten, die in einem immer schärfer werdenden Ausleseprozeß bestehen können. Der vermehrte und unkontrollierte Einsatz von computergesteuerten Maschinen, die Rationalisierung sind vor allem dazu gedacht, den Profit der Unternehmen zu sichern und auszubauen. Der Arbeitsmarkt verengt sich – das Ausbildungssystem, in dem die Betriebe ihren Interessen entsprechend ausbilden oder es halt bleiben lassen – versagt. Immer mehr Jugendliche erhalten den Stempel der „Benachteiligung“ und werden in Sonderprogramme abgeschoben, von denen nur wenige wirklich eine Berufsabschluß- oder Schulabschlußperspektive eröffnen.

Viele, die eine Berufsausbildung haben, können und dürfen nicht im erlernten Beruf arbeiten. Die Arbeitslosigkeit kann nicht mit Maßnahmen angegangen werden, die eine „Beschäftigungstherapie“ darstellen.

Was wir brauchen, was wir wollen

Es gibt einen dringenden Bedarf an Arbeit und Ausbildung, der sich allerdings nicht insgesamt im kurzfristigen Profit auszahlt, dessen Produkte und Ergebnisse sich aber langfristig „bezahlt“ machen.

In staatlicher Verantwortung müssen Arbeitsbereiche und Berufsfelder entwickelt werden, die unseren ökonomischen und ökologischen Problemen und Anforderungen entsprechen, nicht aber dem egoistischen Profitstreben von Unternehmern unterliegen. Und dies kann nicht im Aufspüren von Nischen verkümmern, die der Markt übrig- oder offengelassen hat. Dies muß heißen, die Markt- und Machtverhältnisse zu verändern, die Ausbildungsnot verursachen.

■ Wir fordern daher, daß der Berufsausbildung ein eigenständiger Platz im Bildungssystem der Bundesrepublik eingeräumt wird, der nicht vom einseitigen Produktionsinteresse der Betriebe abhängig ist. Ein Recht auf Bildung kann nur wirklich wirksam werden neben einem Recht auf soziale Sicherung und einem Recht auf Arbeit.

■ Die Unternehmen müssen vor die Wahl gestellt werden, entweder Ausbildung nach staatlichen Richtlinien zu realisieren, die dann nicht mehr von ihren eigenen Standes- und Interessenverbänden vorgeschrieben werden – oder sie müssen eben zahlen, damit außerbetrieblich ausgebildet wird (Umlagefinanzierung).

■ Wir fordern, daß bei der Förderung zur Berufsausbildung und bei der Besetzung von Ausbildungsstellen Frauen, Behinderte und Ausländer/innen mindestens quotiert (Bevölkerungsanteil) berücksichtigt werden.

■ Ausbildungsabschlüsse müssen – solange das Klassensystem mit unterschiedlich „wertvollen“ Abschlüssen das Lernen noch bewertet – Schulabschlüssen gleichgestellt werden, damit nicht bereits im frühesten Schüler/innenalter die Entscheidung getroffen wird, welches berufliche „Schicksal“ dem Menschen aufgezwungen wird. Eine dreijährige Berufsausbildung ist daher so zu gestalten, daß sich auch ein Universitätsstudium sinnvoll und ohne Selektion anschließen kann.

■ Wir wollen, daß die Lernangebote auf die Bedürfnisse der Lernenden abgestimmt werden und die Ausbildung keine selektive Funktion mehr hat. Eine gezielte Investitionsförderung muß die Einrichtung von Ausbildungsplätzen in Verbindung mit der Gründung alternativer ökologischer Betriebe unterstützen. Besondere Verantwortung kommt auch dem Öffentlichen Dienst zu: Er hat als Arbeitgeber die Möglichkeit, unmittelbar politische Beschlüsse zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit umzusetzen. Der Öffentliche Dienst – das heißt staatliche Betriebe – müssen also in zukunftsorientierten ökologischen und sozialen Sektoren aktiv in den Arbeitsmarkt eingreifen, solange es in der profitorientierten freien Marktwirtschaft nicht möglich ist, lebensnotwendige Änderungen zu vollziehen. Die dafür notwendigen Finanzmittel stehen im Überfluß zur Verfügung – sie werden zur Zeit aber für lebensbedrohende und lebensvernichtende Aufgaben verwendet: Aus unseren Steuern werden Raketen, Panzer, militärische Aufrüstung finanziert, Atomkraftwerke werden allen Erfahrungen zum Trotz weitergebaut. Die Republik wird mit Straßenbeton weiter zugepflastert.

Wir wollen, daß in unsere Zukunft, daß in sinnvolle Arbeit investiert wird – und nicht in unsere Vernichtung.



Jugend ist nicht gleich Jungen



„Andere reden von Frauenpolitik; bei uns machen Frauen Politik“ – ein GRÜNER Slogan, der ebenso auf Jugendliche – insbesondere auf Mädchen – anzuwenden sein müßte. Statt „Stellvertreterpolitik“ Politik von Betroffenen. Nur – wer ist denn eigentlich „die Jugend“? Es gibt sie nicht, genauso wenig wie „die Menschen“. Es gibt Jungen und Mädchen; häufig genug heißt „Jugend“ nämlich „Jungen“, wohinter mehr als ein Tippfehler steht. Was für Frauenpolitik inzwischen bei den GRÜNEN relativ selbstverständlich scheint – nämlich die Berücksichtigung der spezifischen Situation von Frauen in jedem Politikbereich – muß für Jugendpolitik ebenso gelten: Jugendpolitik muß also eine nicht-sexistische Bildungspolitik, die Garantie von Ausbildungsplätzen – besonders für Mädchen, und zwar in allen Berufssparten – nicht mädchendisziplinierende Werbung für und mit Jugendlichen, ein nicht-sexistisches Kultur- und Freizeitangebot, eine entsprechende Sexualpolitik, kurz mädchenfreundliche Ansätze in JEDEM Politikbereich umfassen.

Das Patriarchat ist zwar alt, ur-alt, aber es lebt immer noch weiter in den Jungen, Jungen und Mädchen. Sicher, die neuen „zukünftigen“ Männer

mögen weniger „mackerhaft“ sein als die neuen und alten jetzigen Männer, bspw. auch als die „Dreißiger“, die ja doch schon die Frauenbewegung erlebt haben. Vielleicht trauen die Jungen sich nicht mehr so einfach, ihre Freundin, Schwester oder allgemein Mädchen sexistisch anzumachen. Denn diese Mädchen haben sich ja auch verändert, sind frecher geworden, wissen meist eher, was sie wollen und vor allem was sie können, sind vielleicht unabhängiger von männlicher Bestätigung. Aber immer noch verbindet Mädchen mit Müttern, Großmüttern, Urgroßmüttern, ja auch mit ihren zukünftigen Töchtern eine gemeinsame Erfahrung: Frauen sind die Hälfte der Menschheit, die mehr arbeitet für weniger Geld, die stärker unterdrückt wird, immer besser sein muß als Männer, um genauso „gut“ zu sein, im Privatleben wie in der Öffentlichkeit.

Vielleicht zu große Hoffnungen. Der Anpassungsdruck scheint gerade auf Jungen und Mädchen besonders groß zu sein; denn Jugend wurde in dieser Gesellschaft dazu benutzt, das Bild des aufstrebenden, flexiblen, dynamischen Erfolgsmanns und der gutaussehenden ebenso flexiblen Begleiterin an seiner Seite zu verkaufen.

Ausländerpolitik war und ist in der Bundesrepublik in erster Linie Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Menschen ohne deutschen Paß, die in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs in die BRD geholt wurden und werden und von denen die deutsche Wirtschaft profitiert, werden ausschließlich als Objekte des Arbeitsmarktes gesehen und behandelt.

Ihren Kindern ergeht es nicht anders: Obwohl sie zum großen Teil in diesem Land aufgewachsen sind, unterliegen sie wie ihre Eltern dem Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrecht. Und das bedeutet, daß ausländische Familien nur so lange hier leben dürfen, wie „die Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt werden“. Was die Belange der BRD sind, bestimmt die jeweilige Ausländerpolitik. Besonders deutlich wurde diese Politik an dem von der SPD vorbereiteten und von der CDU/CSU/FDP-Regierung nach dem Wechsel umgesetzten Rückkehrförderungsgesetz. Mit diesem Gesetz wurden ausländischen Eltern Kopfpflichten für ihre Kinder angeboten, wenn sie die BRD auf Nimmerwiedersehen verließen. Die CDU/CSU setzt der Politik gegen Immigranten die Krone auf, indem sie ihren Wahlkampf auf dem Rücken der Flüchtlinge austrägt. Sie benützt und schürt eine „Volksstimmung“ gegen Ausländer, die verhindert, daß die Bevölkerung mit deutschem Paß sich überwiegend solidarisch gegenüber Ausländern verhält.

Dagegen setzen die GRÜNEN eine Politik der Solidarität, die rechtliche Konsequenzen aus der Tatsache zieht, daß ausländische Menschen in der BRD nicht nur arbeiten, sondern auch leben:

Wir fordern ein Niederlassungsrecht, das ausländische Familien dem willkürlichen Zugriff der Ausländerbehörden und den Verwaltungsvorschriften des Ausländergesetzes entzieht. Für sich spricht wohl, daß dieses geltende Ausländergesetz, dessen Abschaffung überfällig ist, auf die Ausländerpolizeiverordnung des Jahres 1938 zurückgeht.

Ausländer, die in der BRD leben, müssen das aktive und passive Wahlrecht ausüben können – und zwar auf allen Ebenen, also in den Gemeinden, in den Bundesländern und zum Bundestag. Denn auf allen Ebenen wird Politik gemacht, die Menschen trifft und betrifft – egal, ob sie einen deutschen Paß haben oder nicht. Und auf allen diesen Ebenen wird derzeit Politik gegen Ausländer gemacht.

Wir wollen, daß – solange es das Ausländergesetz noch gibt und auch das Niederlassungsrecht noch nicht Realität ist – ausländische Jugendliche mit Erreichen des 16. Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf die Aufenthaltsberechtigung, den nach geltendem Recht sichersten Aufenthaltsstatus, erhalten.

Der Nachzug ausländischer Kinder zu ihren hier lebenden Eltern muß bundesweit einheitlich geregelt werden. In fast allen Bundesländern gilt zur Zeit eine Regelung, die verfassungswidrig ist, weil sie Art. 6 des Grundgesetzes widerspricht: Nur Kinder, die noch nicht 16 sind, dürfen zu ihren Eltern in die BRD nachreisen. Bundesweit muß aber künftig gelten, daß diese Altersgrenze auf 18 heraufgesetzt wird.

Junge Menschen, die hier leben, müssen ihre/n Ehepartner/in oder ihre/n Lebensgefährten/in unabhängig vom Ausländergesetz wählen können.

Das Arbeitserlaubnisrecht, das ausländische Arbeitnehmer/innen und damit auch Jugendliche gegenüber Deutschen benachteiligt, muß von allen diskriminierenden Passagen befreit werden.

Kinder von Flüchtlingen müssen mit ihren Eltern das Grundrecht auf Asyl wahrnehmen können – und zwar ohne Einschränkung. Ein zusätzliches Bleiberecht muß sicherstellen, daß Flüchtlingsfamilien nicht ausgewiesen werden dürfen, wenn ihnen Gefahr für Leib und Leben droht.

Wir müssen lernen, daß unsere Gesellschaft sich nicht mehr in den ideologischen Grenzen eines Nationalstaates bewegen kann. Wir sind eine multikulturelle Gesellschaft geworden, und dieser Tatsache kann sich die Ausländerpolitik der BRD, kann sich der Gesetzgeber nicht entziehen.



Rechte für statt Gesetze gegen Jugendliche

Die durch Arbeitslosigkeit und Ausbildungsplatznot geprägte Situation und die Gesetzgebung der BRD versetzen Jugendliche nicht in die Lage, sich selbstbestimmt zu entwickeln. Sie binden sie vielmehr an die elterliche Wohnung und belassen Jugendliche in finanzieller Abhängigkeit.

Versuchen Jugendliche sich anders zu verhalten, als ihre Familie und die Gesellschaft es erwarten und vorschreiben, so wird das als Rebellion oder Flucht, in jedem Fall aber als „unnormales“ Verhalten gekennzeichnet. Alleine schon diese Reaktionen auf das „Anders-sein-wollen“ zeigt, wie wenig die Gesellschaft bereit ist, Jugendliche als gleichberechtigte Partner/innen in gesamtgesellschaftliche Bezüge und Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Die schlechte Lebenssituation Jugendlicher macht es notwendig, offensivere Angebote der Jugendhilfe und außerschulischen Jugendbildung zu machen. Und Rechte für Jugendliche gesetzlich zu verankern.

Gesetzt den Fall, Gesetze werden angewendet...

Die Gesetze, die sich mit Jugendlichen beschäftigen, beschränken sich weitgehend auf die Einschränkung und Bestrafung jugendlichen Verhaltens. Positiv formulierte Rechte gibt es dagegen kaum. Die wenigen Rechte – so das Recht auf Bildung, auf Ausbildung und auf Arbeit – werden, bedingt durch die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, nicht mehr erfüllt.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) und das Jugendgerichtsgesetz (JGG) sind die beiden Gesetzeswerke, in denen festgehalten wird, wie mit Kindern und Jugendlichen von staatlicher Seite aus umzugehen ist.

Die überwiegenden gesetzlichen Regelungen im JWG betreffen den staatlichen Eingriff, wenn Jugendliche „aus der Norm“ fallen, „schwer erziehbar“ sind – kurz: wenn sie sich außerhalb des gesellschaftlichen Rahmens bewegen. Ob unter dem Namen „Hilfe zur Erziehung“, „Freiwillige Erziehungshilfe“ oder „Fürsorgeerziehung“ beinhalten sie alle dasselbe, massive staatliche Eingriffe in das Leben der Jugendlichen: Wohnort, Schulbildung, Berufsausbildung, Freundeskreis werden vom Staat bestimmt.

Das JGG betrifft straffällig gewordene Jugendliche und junge Erwachsene bis 21 Jahre. Hier finden sich unter so wohlklingenden Namen wie „Auflagen“ oder „Erziehungsmaßnahmen“ unbezahlte, zwangsweise Arbeit, Arrest, die Verpflich-

tung, eine Arbeit anzunehmen, eine bestimmte Berufsausbildung zu beenden, Einweisung in ein Heim, eine stationäre psychiatrische Untersuchung oder Therapie.

Die „Jugendstrafe“ selbst ist die massivste Form der Bestrafung Jugendlicher, nämlich im Jugendstrafvollzug, also im Knast.



Die gesellschaftliche Misere wird also auf den/ die einzelne/n abgewälzt, genau wie bei der Jugendarbeitslosigkeit, dem Mangel an Ausbildungsplätzen und bei der Sozialhilfe. Jede/r muß für sich alleine Beratung, Hilfe und Geld ergattern. Anstatt solche gravierenden Probleme von allen Menschen im politischen Gemeinwesen zu lösen, werden sie auf den/ die einzelnen umverteilt. Da geht es eindeutig nicht darum, das Problem langfristig aus der Welt zu schaffen, sondern nur noch um die Vereinzelung, die Schuldzuweisung und die rein zufällige Vergabe von Lebensperspektiven.

Elementare Rechte Jugendlicher verwirklichen

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, daß Jugendliche elementare Rechte bekommen, die gesetzlich festgelegt werden:

■ Das Selbstbestimmungsrecht über den Aufenthaltsort. Jede/r soll selber bestimmen können, wie und wo er/sie leben möchte – egal wie die Eltern finanziell gestellt sind (vgl. auch Teil „Leben lernen statt erzogen werden“).

■ Die freie Berufs- und Ausbildungsplatzwahl. Sie ist eigentlich schon durch das Grundgesetz festgeschrieben, aber viel zu viele Bestimmungen stehen in Wirklichkeit dagegen, ganz abgesehen davon, daß der Staat nur höchst unzureichende Schritte unternimmt, die herrschende Mangelsituation abzubauen.

■ Freie Entscheidung über den eigenen Ausbildungsgrad. Nicht die finanziellen Bedingungen des Elternhauses sollen zukünftig über die Länge der schulischen und universitären Bildung entscheiden, jede/r soll selber wählen können, wie lange sie/er zur Schule gehen oder studieren will.

■ Die Verfügungsgewalt über den eigenen Verdienst. Heute können Jugendliche nicht selber darüber entscheiden, was sie mit ihrem eh meist viel zu geringen Einkommen machen. Das Verfügungsrecht der Eltern über das Einkommen der Kinder soll auf die Kinder selbst übertragen werden.

■ Die freie Wahl des persönlichen Umgangs, der individuellen Lebensgestaltung und des eigenen Umgangs mit Sexualität.

Jugendkriminalität

Was heißt eigentlich: Jugendkriminalität? Darunter wird das im Laden geklaute Bonbon genauso gefaßt wie Autoknacken, Fahren ohne Führerschein, Einbrüche, Sachbeschädigungen, Drogengebrauch sowie alle anderen Straftaten, die Jugendliche begehen. Zum großen Teil ist Jugendkriminalität sogenannte Bagatellkriminalität, die zudem kaum wiederholt wird. Aber genau für diese geringe Kriminalität geraten Jugendliche in die Mühlen der Justiz, müssen sich mit Polizei und Richter auseinandersetzen.

Angeblich sollen Jugendliche in der totalen Unfreiheit des Knastes oder in einem Heim auf ein selbstverantwortetes Leben in der Freiheit vorbereitet werden. Daß das nicht funktioniert, zeigen alleine schon die Zahlen von Rückfällen. Wie soll man/frau auch in einem System, das alle Entscheidungen der/dem einzelnen abnimmt, ein normales Verhalten für „Draußen“ lernen? Die GRÜNEN setzen sich deshalb für die Abschaffung der Jugendstrafe und für die Reform der Heimerziehung ein, die durch ein System sozialer Hilfen ersetzt werden soll.

Die ständige Werbeberieselung, die einem vor-spiegelt, ohne das Konsumgut X könne man/frau nicht leben, verführt regelrecht dazu, sich dies zu klauen, wenn man nicht das Geld zum Kaufen hat. Dazu kommen die Erwartungen der Erwachsenenwelt und der anderen Jugendlichen. Vereinsamung ist eh schon angesagt. Die allgemeine Perspektivlosigkeit wegen Umweltzerstörung, schlechter Arbeits-/Ausbildungsplatzsituation trägt ebenfalls dazu bei, Sachen kaputt zu machen oder zu klauen.

Anstatt daß Politiker etwas an den Ursachen ändern, sperren Richter Jugendliche ein, verweisen Politiker nur auf die „Sozialschädlichkeit“ krimineller Jugendlicher.

Anstelle eines ausführlichen Jugendstrafvollzugsgesetzes ist der Anspruch auf partnerschaftliche Begleitung jugendlicher Straftäter/innen in der Gesellschaft zu realisieren.

Statt viel Geld in Jugendknäste, Erziehungsheime, Arrestanstalten und den Maßregelvollzug zu stecken, sollte das Geld lieber für eine sinnvolle, sozial und ökologisch geprägte Jugendarbeit ausgegeben werden. Denn das Geld, das heute in den Strafvollzug gesteckt wird, steht in keinem Verhältnis zu dem angeblichen „Nutzen“ dieser Einrichtungen.

Statt Jugendknäste weiter auszubauen, brauchen wir die Förderung von Wohngemeinschaften und Selbsthilfegruppen, die pädagogische und soziale Hilfen anbieten. Oder auch Familien, die junge Straftäter aufnehmen.

Die GRÜNEN fordern im Bereich Jugendknäste/-kriminalität:

- die generelle Entkriminalisierung im Bereich der geringen und mittleren Kriminalität (wie z.B. Eigentumsdelikte oder Sachbeschädigung),
- die Abschaffung der Jugendstrafanstalten und Arrestanstalten,
- die Beseitigung der sozialen und materiellen Ursachen von Kriminalität durch politische Maßnahmen,
- grundsätzliche Reformierung der Heimerziehung (Abschaffung von Massen-Heimen, Auflösung in Wohngemeinschaften),
- Schaffung justizunabhängiger, ambulanter Unterstützungsangebote, die auf freiwilliger Basis helfen, statt zu strafen,
- Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters von 14 auf 16 Jahre,
- Abschaffung von U-Haft für Jugendliche.



Kriegsdienst verweigern!



In der Bundesrepublik ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein Grundrecht. So steht es im Artikel 4(3): „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“. Aber Papier ist geduldig. Ob das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung in „diesem unserem Lande“ auch wahrgenommen werden kann, ist allerdings vor allem davon abhängig, ob die Regierenden und das Militär der Ansicht sind, dies könne „erlaubt werden“. So wird gerade jetzt, wo die vielbeschworenen geburtenschwachen Jahrgänge in das wehrpflichtige Alter kommen, der Zivildienst immer mehr zu einem Abschreckungsdienst verändert.

Im Grundgesetz steht noch etwas anderes, nämlich: „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen“ (Artikel 12a (2)). Mit windigen Begründungen ist dieser Artikel längst außer Kraft gesetzt worden. Der Zivildienst (bezeichnenderweise auch „Ersatzdienst“ genannt) dauert heute 20 Monate, während der Wehr- (oder wohl besser Kriegs-) dienst 16 Monate dauert. Im Zivildienstgesetz heißt es denn auch offen: „Der Zivildienst dauert um ein Drittel länger als der Grundwehrdienst“.

Aber auch der Zivildienst selbst wird immer abschreckender gestaltet und geht offen in Richtung Kasernierung, d.h. Kriegsdienstverweigerer sollen ebenso in Kasernen gepfercht werden wie Wehrdienstleistende. Zudem werden die Einsatzfelder des Zivildienstes immer mehr von einem echten Friedensdienst wegverlagert. Stattdessen steigt der Anteil der Zivildienstleistenden, deren Dienst „mili-

tärisch verwendbar“ ist (Katastrophenschutzpläne etc.). Bei dieser Gestaltung des Zivildienstes als Abschreckung vor allem durch die längere Dauer hilft dann auch die angebliche Abschaffung der Gewissensprüfung nicht. Je nach Bedarf der Bundeswehr darf nämlich mehr oder weniger geprüft werden.

Die GRÜNEN rufen zur massiven Kriegsdienstverweigerung auf, auch und vor allem als Widerstand gegen die von NATO und Bundesregierung betriebene Hochrüstung und Kriegsvorbereitung. Wenn niemand mehr zum Militär will, läßt sich auch die Aufrüstung nicht so fortsetzen, wie von den Regierenden geplant. Deshalb fürchten sich Bundesregierung und NATO so vor dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung und betreiben seine Einschränkung.

Die GRÜNEN wenden sich deshalb auch gegen alle Versuche, Jugendliche unter dem Druck von drohender Arbeitslosigkeit wieder für die Bundeswehr zu „begeistern“. (Echte Begeisterung ist das ja wohl nicht, wenn Jugendliche keine andere berufliche Perspektive mehr sehen.)

Gleichzeitig treten die GRÜNEN für eine Umgestaltung des Zivil-/Ersatzdienstes in einen echten Friedensdienst ein, der der Abrüstung und Völkerverständigung dient.

Voraussetzung dafür ist die völlige Abschaffung der Gewissensprüfung ohne Hintertürchen. Es kann nicht angehen, die Kriegsdienstverweigerung nur auf religiöse und ethische Motive zu begrenzen. Daß das Bundesverfassungsgericht diese völlige Aufhebung der Gewissensprüfung in den 70er Jahren verworfen hat, kann uns nicht von unserem Ziel abbringen. Schließlich sind Entscheidungen von Gerichten auch von der öffentlichen Meinung abhängig und revidierbar, vor allem wenn es sich um ein politisch besetztes Gericht handelt und zudem einen Beschluß, der die Verfassung aushöhlt.

Die GRÜNEN wenden sich auch gegen die Bestrafung von Totalverweigerern, die in der letzten Zeit sogar so weit ausgeartet ist, daß Jugendliche mehrfach für den gleichen Tatbestand verurteilt werden.



Jugend und Drogen*

Die herrschenden Lebens- und Entwicklungsbedingungen in breiten Teilen der Jugend haben dazu geführt, daß sich immer mehr junge Menschen mit Drogen verschiedenster Art vollpumpen. Dort, wo der Staat am Konsum legaler Drogen, wie Alkohol, Tabak und pharmazeutischen Produkten, durch seine Steuern noch mitverdient, greift er trotz bestehender Rechtsvorschriften kaum oder überhaupt nicht mehr ein.

An die Stelle der bewährten Form der Langzeittherapie von Drogenabhängigen in sozialtherapeutischen Wohngemeinschaften, treten jetzt immer stärker solche Bestrebungen, die Drogenabhängigen als „Suchtkranke“ medizinisch behandeln zu lassen. Nicht mehr die Sozialbehörde, sondern die Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten müßten dann für die Kosten aufkommen. Die konsequente Anwendung der medizinischen Behandlung von Drogenabhängigen führt letztlich zu Zwangseinweisungen in psychiatrische Einrichtungen oder Landeskrankenhäuser. Die dort herrschenden Bedingungen lassen eine Therapie unter aktivem Mitwirken der Betroffenen nicht zu.

Alle Erfahrungen in der Arbeit mit Drogengefährdeten und Drogenabhängigen beweisen, daß nur solche Maßnahmen und Therapien eine Aussicht auf Erfolg haben, die auf der Basis des Vertrauens und Freiwilligkeit aufbauen. Deshalb sind alle anderen Pläne und bereits verwirklichten Pläne absoluter Irrsinn.

Die GRÜNEN setzen dagegen:

- die Ursachen für Drogenkonsum müssen mit sozial- und gesellschaftspolitischen Mitteln bekämpft werden
- Drogenabhängige und Drogengefährdete dürfen weder als Kriminelle noch als Kranke behandelt werden
- sozialtherapeutische Wohngemeinschaften müssen erhalten bleiben und ihre Finanzierung gesichert werden
- jede/r Drogenabhängige und Drogengefährdete muß eine eingehende und von allen möglichen Repressionen freie Beratung erhalten, um über Therapie und Therapieform selbst entscheiden zu können.

* Auszug aus dem Programm der GAL Hamburg

